



Über 8.000 Arbeitsplätze Arbeitsplatzkahlschlag in Kassel droht

Über achttausend Arbeitsplätze sind in der Stadt und im Landkreis Kassel akut von der Vernichtung bedroht. Es wird immer deutlicher, dass die geplanten Entlassungen und Schließungen nichts mit der Corona-Epidemie zu tun haben. Im Gegenteil: Viele zuvor als "Corona-Helden" Beklatschte werden entlassen! Bei der "Gesundheit Nordhessen", dem öffentlichen Nahverkehr, den Kliniken der Wicker-Gruppe, der Diakonie im Baunatal und der Ausbesserungsabteilung der Deutschen Bahn und in der Stadtverwaltung arbeiten Menschen, die in Zeiten der Epidemie Gesundheit und Versorgung der Menschen sichergestellt haben.

Dieser Kahl Schlag hat vielmehr damit zu tun, dass man die Gelegenheit nutzen will. Gerade fließt die Staatsknete in Milliardenhöhe an die großen Banken und Konzerne und die nehmen das Geld gerne, um damit ein Restrukturierungsprogramm in aller Brutalität gegen die arbeitenden Menschen durchzusetzen.

Zu den über achttausend Arbeitsplätzen in der Industrie und Verwaltung, die vor der Vernichtung stehen, gesellen sich noch einige Tausend in der Hotel- und Gastronomiebranche und aus kleineren Betrieben, sowie viele Selbstständige, die die Coronamaßnahmen staatlicherseits nicht überleben werden. Für die gibt es nämlich

weit weniger Geld – wenn überhaupt welches.

Dem Monopolkapital wurden bisher diese Staatshilfen gewährt, ohne daran soziale oder nachhaltige Kriterien zu knüpfen. Die bisherigen Rettungsschirme für diese Großunternehmen beinhalten keinen Schutz für die Beschäftigten. Der Staat agiert hier als Geldgeber für den Kahl Schlag. Und das ist gewollt: In der Konzeption der "nationalen Champions" sind gefügige und billige Arbeitskräfte vorgesehen. Das hilft im Konkurrenzkampf nach außen, in der wir den Gürtel enger schnallen müssen, während die Altmaiers und Zetsches, der VW- und der Daimler-Vorstand bald einen zweiten brauchen.

Unternehmen	Arbeitsplätze insgesamt	Davon bedroht	Angegebene Gründe
Volkswagen	17.000	5.000	Elektromotorisierung, Corona
Gesundheit Nordhessen	4.500	800	Überkapazitäten nach Einschätzung der Bertelsmann-Stiftung
Kali & Salz	3.770	1.000	Minenverkauf in den USA, Einleitungsstopp in die Werra
Stadt Kassel	3.500	180	Digitalisierung, Sparzwang. Vor allem betroffen ist der NVV.
Uni Kassel	3.400	?	Sparzwang. Vor allem betroffen ist der nichtwissenschaftliche, technische Bereich.
Wicker-Gruppe	3.000	600	Corona
Daimler	2.900	?	Wirtschaftliche Flaute, Umstrukturierung.

Unternehmen	Arbeitsplätze insgesamt	Davon bedroht	Angegebene Gründe
Diakonie Baunatal	2.900	?	Corona
SMA	2.450	200	Subventionsstopp für Neueinrichtungen
Deutsche Bahn - Ausbesserung	2.100	Schließung	Überkapazität, Verlagerung nach Berlin
Krauss-Maffei-Wegmann	1.500	Keine	Rüstungsproduktion läuft gut, vor allem der Radpanzer wird gekauft.
EAM	1.200	?	Keine angegebenen Gründe
Wintershall	650	200	Sperrung von NorthStream 2, Fusion mit DEA
Bombadier/Alstom	620	?	Übernahme durch Alstom
GE Grid	200	143	Verlagerung ins Ausland

Das heißt, es sind mindestens 8.123 Arbeitsplätze in Kassel und Region bedroht!



Daimler in Kassel streicht sämtlichen Beschäftigten in Verwaltung und Produktion die Prämie für das Jahr 2020. Auch das sogenannte tarifliche Zusatzgeld, das einmal pro Jahr ausgezahlt wurde, gibt es 2021 nicht. Die Arbeitszeit wurde ohne Lohnausgleich um zwei Stunden pro Woche gekürzt. Betriebsbedingte Kündigungen sollten

mit einem 2017 geschlossenen Pakt "Zukunftssicherung 2030" nicht vorkommen. Die Konzernführung erklärt, dass sie bald kommen werden. Demnächst wollen die Herren aus Stuttgart 15.000 Arbeitsplätze in diesem Land ausradieren. Der Widerstand dagegen läuft an, die Redaktion dokumentiert die Solidaritätserklärung der DKP

Kassel an den Betriebsrat von Daimler Kassel.

Die Konzerne setzen auf langfristige Verschlechterungen der Arbeits- und Tarifbestimmungen bei Missachtung der bestehenden Mitbestimmungsrechte. Sie kommen durch die Wirtschaftskrise, indem sie sich auf unsere Knochen für die Zeit danach maximale Profite sichern. Und der Staat – der hilft dabei.

Wer sich nicht wehrt, so lautet eine alte Volksweisheit – der lebt verkehrt. Und in Krisenzeiten auch noch ohne Job!



Solidaritätsadresse an den Betriebsrat des Daimler-Werkes Kassel

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Lorz, hiermit erklären wir, die Deutsche Kommunistische Partei, Grundorganisation Kassel, uns solidarisch mit Eurem Kampf gegen die sogenannten Sparpläne des Daimler-Benz Konzerns, die aktuell eine große Gefahr für Eure Arbeitsplätze darstellen.

Derzeit werden alle Angriffe des Kapitals mit der Corona-Pandemie begründet. Es ist gut, dass ihr euch davon nicht blenden lasst. Das Ziel des Großkapitals ist es nicht, Gelder für schlechte Zeiten zurückzulegen, dafür ist Geld der Milliarden-schweren Finanzspritzen da – und trotzdem wird man die Arbeiter auf Kurzarbeit setzen und versuchen den Lohn zu drücken. Das Ziel des Konzerns ist die Gewinnmaximierung. Und da sind alle die, die die Werte schaffen – die Arbeiter – eben nur Kostenfaktoren.

Der Daimler-Konzern weist für das 3. Quartal 2020 eine Profitrate von 9,4 % für PKW und Vans sowie 6,5 % bei LKW und Bussen aus. Der Gewinn vor Steuern lag bei 3,1 Milliarden Euro, die Rendite bei 8%. Es ist also genug Geld da. Zudem profitiert der Konzern von den Plänen der Bundesregierung von sogenannten Hilfspaketen für die Autoindustrie. Dazu zählen die Finanzierung von Ladesäulen, Kaufprämien für E-Autos und jetzt auch noch für LKWs (15.000 Euro als

Abwrackpläne bei Neukauf).

Erarbeitet wurde und wird dieses Geld durch die Belegschaft, bzw. bei den Förderungen durch den Steuerzahler, also mehrheitlich wiederum von den Lohnabhängigen. Verteilt wird es über deren Köpfe hinweg, eingesackt von einer Handvoll Aktionäre. Wir, die DKP gehen davon aus, dass der erzielte Gewinn sinnvoller angelegt werden kann als auf den Konten von Aktienhabern. Der Betriebsrat, lokal wie bundesweit, macht sich konstruktive Gedanken, wie die

Belegschaft ist es schließlich, den Wandel sozial zu gestalten und nicht im Interesse weniger (und bereits steinreicher!) Aktionäre. Der Wandel kann auch ohne Arbeitsplatzvernichtung gestaltet werden. Eure eigenen Vorschläge zeigen dies.

Freiwillig werden Kollänus und Co. nicht auf ihre Ziele verzichten. Euer Gegendruck ist unverzichtbar. Ihr habt dabei völlig Recht mit dem Leitspruch „Solidarität gewinnt!“.

Wir wünschen Eurem Kampf uneingeschränkten Erfolg. Alles,



Arbeitsplätze „beim Daimler“ erhalten werden können. Die Ergänzung um die Denkrichtung, „wer arbeitet soll auch entscheiden“, erscheint uns sinnvoll. Wir halten daher die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung für dringend geboten.

Für die aktuelle Situation fordern wir vom Konzern den Verzicht auf jegliche betriebsbedingte Kündigung. Entsprechende Pläne aus Vorstandschef Källenius' Schubladen sind dringend zu begraben.

Die Konzernlenker können sich ebenfalls nicht auf den allgemeinen technischen Wandel berufen. Ihre Aufgabe in Verantwortung für die

was wir tun können, um euch bei diesem gerechten Kampf zu unterstützen, werden wir mit allen unseren Kräften tun. Sicherlich sind wir derzeit nur eine kleine Partei, deren Beitrag zu Eurem Kampf leider (noch) kein großes Gewicht haben kann. Die von uns vertretene Perspektive des Sozialismus auch in Deutschland aber hat Gewicht, wie der Blick über den Tellerrand Deutschlands zeigt. Und es gilt auch für unseren Bereich und Euren Betrieb: Rote Fahnen sieht man besser!

Mit solidarischen Grüßen
DKP Kassel

Leserbrief an den Roten Waschbären

Seit Wochen kann ich beobachten wie Neonazis in meinem Wohngebiet Weserspitze und Umgebung völlig gelassen ihr "Material" in ihre PKW's räumen. Zu diesem sog. "Material" gehören NPD-Fahnen, Schlagstöcke, Kisten unbekanntes Inhalts und Propagandamaterial. Natürlich kann ich nicht wissen, um



welches Faschistenpapier in Form von Druckschriften es sich so handelt, denn danach fragen möchte ich selbstverständlich nicht.

Durch die Parkanlagen wird man ab und an mit "Sieg-Heil" oder "Nordland-Heil" begrüßt.

Der Antifa scheint dieses Problem unbekannt zu sein, mir war es bisher ja auch, da ich erst seit einem Jahr in diesem Stadtgebiet wohne.

Zu faschistischen Übergriffen kam es bisher nicht.

Selbstverständlich hat die Polizei das alles nicht auf dem Schirm, natürlich nicht.

Ich kann hier nur dazu auffordern, faschistische Aktivitäten zu beobachten und ggf Widerstand zu organisieren, sollte das so weitergehen.

Andreas (Nachname der Redaktion bekannt)

Antwort der Redaktion

Die Weserspitze ist einer der ärmsten Stadtteile Kassels. Dort sitzen die Beisammen, denen selbst die Nordstadt teuer erscheint. Bittere Armut, Arbeitslosigkeit prägen das Bild. Sucht man auf der Website der HNA einen Bericht, findet man fast nur Polizeiberichte. In dieser Umgebung suchen die Menschen jemanden, der Schuld an ihrer Lage ist. Und die Faschisten geben eine Antwort: Es sind die Ausländer.

Das ist Unsinn: Ausländer erhöhen nicht die Miete und zahlen keine zu geringen Löhne, schikanieren nicht als Jobcenter die Arbeitslosen und so weiter, das tut dieser Staat als langer, häufig Schlagstock tragender Arm des deutschen Großkapitals.

Denen aber ist die Nazi-Propaganda sehr recht: Man stelle sich hingegen vor, die Menschen

würden ihre berechtigte Wut gegen das Jobcenter, die Polizei oder ihre Vermieter richten. Man denke sich Mieterinitiativen, solidarische Arbeitslosenarbeit oder gemeinsame Abwehr von Polizeiübergriffen. Dabei würden Probleme gelöst, und es würde allen klar, dass dabei die Herkunft oder Hautfarbe viel weniger wichtig ist, als die Frage, ob du bereit bist, gemeinsam mit anderen für deine Rechte einzustehen.

Es ist die soziale und politische Entrechtung, die den Neofaschismus als Bewegung hervorbringt, weil er dem deutschen Großkapital nutzt, um den Protest aufzufangen, der sich sonst gegen Vermieter und Jobcenter richten würde. Wer den neofaschistischen Umtrieben entgegenzutreten will, der muss da ansetzen.

Und wieder ein Einzeltäter ...

Der Lübcke-Mord hat Kassel erschüttert. Im Prozess sollten die "demokratischen Werte" gegen den neofaschistischen Mörder verteidigt werden. Entsprechend mau lief aber die Aufklärung zu den wesentlichen Fragen: Stefan Ernst als Einzeltäter. Markus Hartmann, der Waffendealer der rechten Szene

– nichts. Verbindungen zum NSU – nichts. Die Kasseler Neonaziszene – nichts. Auf diesen Staat kann sich das Kapital bei der Vertuschung neofaschistischen Treibens verlassen. Aufklärungsarbeit werden die demokratischen Kräfte leisten müssen.



Kindergartenplatz in Kassel - Suche im Labyrinth

Die Suche nach einem Kindergartenplatz in Kassel gleicht einem Labyrinth - wir sprachen mit Stefanie und Oliver, beide berufstätig, Eltern von Swenja, 3 Jahre alt.

Wie ist eure Suche abgelaufen?

Gleich nach der Geburt haben wir unsere Tochter in einer Krippe angemeldet. Das lief recht problemlos. Anders beim Kiga-Platz. Wir haben sie vier Wochen nach der Geburt angemeldet. Andere Eltern haben da deutlich früher angefangen, manchmal schon vor der Geburt. Eine Zusage erfolgt erst um ihren 3. Geburtstag herum im März, also rund drei Jahre Ungewissheit.

Habt ihr es über das Internet versucht? Wie lief das?

Es gibt eine gesetzliche Garantie für einen Kiga-Platz und eine Webseite der Stadt zur Online-Registrierung von Bewerbern. Die Anmeldung darüber ist allerdings erstmal nur eine Interessenbekundung, die aber noch in eine Voranmeldung gewandelt werden muss. Dies geschieht allerdings meist nicht automatisch, sondern nur auf telefonische Nachfrage oder bei einem persönlichen Termin vor Ort in der Einrichtung. Zudem kann man bei der Interessenbekundung auf der Webseite nur fünf Einrichtungen parallel auswählen. Für weitere Einrichtungen muss man den Anmeldungsvorgang jeweils wieder komplett wiederholen. Wir haben uns für vier Einrichtungen in unmittelbarer Umgebung entschieden und einer, bei der wir jemanden von den Erziehern kannten. Die Einrichtungen sollten sich dann eigentlich bei den Eltern melden, was aber öfter unterbleibt. Bei der Platzvergabe

gehen die Einrichtungen zwar eigentlich in der Reihenfolge der Eingänge vor, aber es gibt etliche Ausnahmen, z.B. Geschwisterkinder, Kinder aus der evtl. vorhandenen Krippe, Gruppenzusammensetzung etc.



Guten Tag! Ich bin Rechtsanwältin und ich helfe Ihnen, Ihren Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz durchzusetzen!

Aber ich habe ja hoch gar kein Kind!

Junge Frau! Bis wir's durch haben, haben Sie zwei!

Habt Ihr euch während der Wartezeit danach sicher gefühlt?

Ja, wie denn? Wir erhielten im Februar 2020 vier Absagen von unseren fünf Voranmeldungen. Die fünfte Einrichtung war zu diesem Zeitpunkt aufgrund von Umbaumaßnahmen noch nicht in der Lage, überhaupt etwas festzulegen. Darauf riet uns das Jugendamt, wir sollten die Suche erweitern, aber nicht nur telefonisch. Konkreter Tipp des Jugendamts: Lassen sie sich nicht abwimmeln, gehen sie besser persönlich hin!

Wir haben dann 17 (in Worten: siebzehn!) Einrichtungen an-

gefragt, etliche davon auch persönlich aufgesucht. Wir erhielten dann im März 2020 eine Zusage durch Wegzug einer anderen Familie für Mai 2020. Da das Kiga-Jahr im August beginnt, stand Doppelzahlung für Mai bis Juli an (Krippe und Kiga!). Für viele Paare und Mütter ist das finanziell gar nicht möglich. Wir wissen nicht, was die machen.

Wir haben dann später (zwischen Juni und Juli) noch mehrere Zusagen bekommen, mit denen wir aber nichts mehr anfangen konnten.

Es sieht so aus, als ob da organisatorisch noch viel Luft nach oben ist – nett ausgedrückt.

Sehr nett ausgedrückt! Für Eltern, insbesondere berufstätige ist das eine sehr, sehr wichtige Frage, wo ihr Kind betreut wird. Man muss sich überall bewerben, hat dann eine ungewisse, lange

Wartezeit von über 2½ Jahren mit vielen Bewerbungen, Gesprächen etc..

Uns hat immer sehr erstaunt, dass das Jugendamt keine Verbesserungen einführen konnte. Dass hier Plätze in städtischen, kirchlichen und freien Einrichtungen zu koordinieren sind, schließt eine ordnende Hand doch keineswegs aus. Das Jugendamt hätte das Fahrrad auch nicht selbst neu erfinden müssen. In anderen Städten wird längst mit zentraler Erfassung und Steuerung der Kiga-Plätze gearbeitet.

Weihnachtsanzeige der Friedensbewegung

Für Frieden, Abrüstung und Entspannungspolitik

Trotz erkennbarer Not in vielen gesellschaftlichen Bereichen verschwendet die Bundesregierung weiter Milliarden für Rüstung und Militär. Der Rüstungshaushalt soll in den nächsten Jahren darüber hinaus in Richtung zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erhöht werden.

Dann wären die deutschen Rüstungsausgaben etwa so hoch wie diejenigen von Russland. Wir müssen uns gegen Russland

„verteidigen“ ist eine Irreführung der Bevölkerung. Denn von Russland droht keine militärische Gefahr.

Die Pandemie hat deutlich gezeigt, in allen zivilen Bereichen fehlt das Geld: bei Kitas, Schulen und Hochschulen, im sozialen Wohnungsbau, in der Gesundheit, der Alterssicherung und für den ökologischen Umbau.

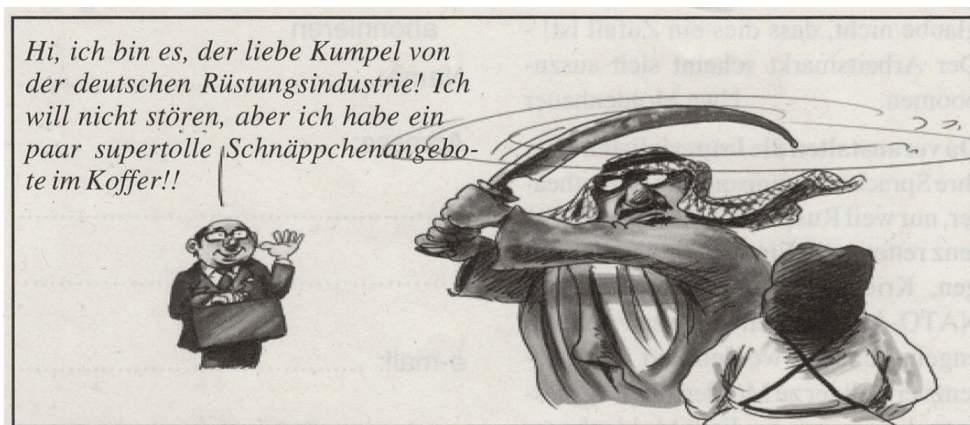
Rüstung und Kriege verschwenden Unsummen.

Politisches Umdenken ist das Gebot der Stunde. Nur so können die weltweiten Probleme wie Klimaschutz, soziale Ungerechtigkeit, Hunger, Armut gelöst und Fluchtursachen beseitigt werden.

Wir fordern abrüsten statt aufrüsten, Frieden und Entspannung. Das geht nur mit einer neuen Entspannungspolitik und internationaler Zusammenarbeit.

Rüstungsexporte müssen verboten werden, bewaffnete Drohnen und Atomwaffen verschwinden; die Bundeswehr muss die Auslandseinsätze beenden. Gegen immer neue Kriegspropaganda werben wir für eine andere, friedliche Politik.

Dafür werden wir weiter eintreten und neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen.



Die Kasseler Mietpreisbremse kommt ins Stottern

Freibrief für Wuchermieten

Für die Kasseler Mieter war es eine schlechte Nachricht:

Die Mietpreisbremse und die reduzierte Kappungsgrenze, die den unkontrollierten Mietpreisanstieg angeblich bremsen sollten und die von den privaten Vermietern ohnehin häufig unterlaufen werden konnten, sind vor ein paar Wochen weggefallen. Die Mieter müssen sich nun auch auf Mieterhöhungen einstellen, wenn ihre Wohnungen der Stadt gehören. So plant es das hessische Wirtschaftsministerium unter dem grünen Minister Al-Wazir.

Seit Jahren steigen die

Einwohnerzahlen, die städtische Bautätigkeit konnte mit der Entwicklung nicht mithalten. Was fehlt, sind vor allem kleine Wohnungen zu moderaten Mieten. Ehemals günstige Angebote ließen durch die wachsende Nachfrage, die vor allem die privaten Wohnungsbesitzer ausnutzen bzw. und durch unnötig teure - aber dafür sehr profitable Modernisierungen die Mieten ansteigen. Wiesbaden hat den Miethaien nun einen Freibrief ausgestellt, noch mehr Anteile des Verdienstes der Arbeiter und Angestellten abzukassieren.

In Kassel fehlt es nicht nur an

bezahlbaren Mietwohnungen, es fehlen insgesamt ca. 17.000 Wohnungen. Der grüne Stadtbaudezernent Nolda beschäftigt sich eher damit, wo das Steuergeld verschlingende Documenta-Archiv hinsoll, als dass er sich für den städtischen Wohnungsbau einsetzt. Diejenigen, die jetzt schon keine bezahlbare Wohnung haben, werden aber von Nolda beruhigt: Irgendwann in den nächsten fünf Jahren soll es eine Angebotserweiterung geben. Also, sie wird erwartet. Eventuell ...

Post in der Krise?

Früher hatten Postler Zeit, Zeitungen, die sie austrugen, zu lesen. Bei größer werdenden Bezirken, mehr Ablagen, mehr Paketen ist das nicht mehr möglich. Man ist ja froh, irgendwann nach Hause zu kommen.

Das, was in der Zeitung steht, überrascht. Im Sommer dieses Jahrs fand eine Pressekonferenz des Vorstandsvorsitzenden Appel statt. Da erklärte er, dass die Umsatz- sowie die Gewinnzahlen stetig steigen würden. Die Post – konkret Herr Appel und die Aktionäre – verdienen an Corona. Sehr lehrreich ist, welche Schlussfolgerung Appel daraus zog: Er kündigte “sozialverträglichen” Personalabbau an.

Häufig hören wir, dass es uns allen gut geht, wenn es der Post gut geht. Die Post aber gehört nicht uns, sondern den Aktionären, und die wollen nicht Menschen mit Briefen und Paketen versorgen, sondern Profit machen. Und die Zusteller und Fahrer, die Mechaniker und Fachkräfte für Arbeitssicherheit sind da Kostenfaktoren, mehr nicht. Und deswegen schmeißen sie uns auch dann raus, wenn sie im Geld schwimmen. Lernen wir also draus: Wenn es den Aktionären gut geht, geht es uns mies. Und wenn es den Aktionären schlecht geht, auch. Denn die einen kriegen die Boni und die anderen die größeren Zustellbezirke

und die “Personalgespräche” bei schlechten Zeiten oder Krankentagen.

Da muss man was machen – ja. Und man kann. Reaktivieren wir die Betriebsgruppen, machen wir Druck und werden wir als kämpferische Ver.di-ner wieder dort sichtbar, wo wir uns gegenseitig brauchen: In den Zustellstützpunkten, in den Brief- und Paketzentren. So wie jeder von uns den Mist abkriegt, so kommt es auf jeden an, ob wir das mit uns machen lassen.

Und dann reden wir auch nochmal darüber, was die Aktionäre eigentlich zur Versorgung der Bevölkerung mit Post und Paketen beitragen. Und ob wir sie dann wirklich brauchen?



**UZ - sozialistische
Wochenzeitung der DKP
Das 6-Wochen-Probe-Abo
zum Kennenlernen!**



Die Print- und Online-
Ausgabe gratis.

Das Abo endet natürlich
automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>

Warum „Der Rote Waschbär“ ???

Liebe Kasseläner, Kasseler und Kasseler!

Die Farbe Rot ist bekanntlich die Farbe der Arbeiterbewegung, von Sozialisten und Kommunisten. Unser Herkules ist das Wahrzeichen Kassels. Kassel ist auch die „Waschbärenhauptstadt“ Europas.

Die Vorfahren des „Nordamerikanischen Waschbären“ siedelten sich schon vor mehreren hunderttausend Jahren in Europa an. Sie wanderten als Klimaflüchtlinge vor der Eiszeit über die Beringstraße nach Nordamerika bis zur Karibik

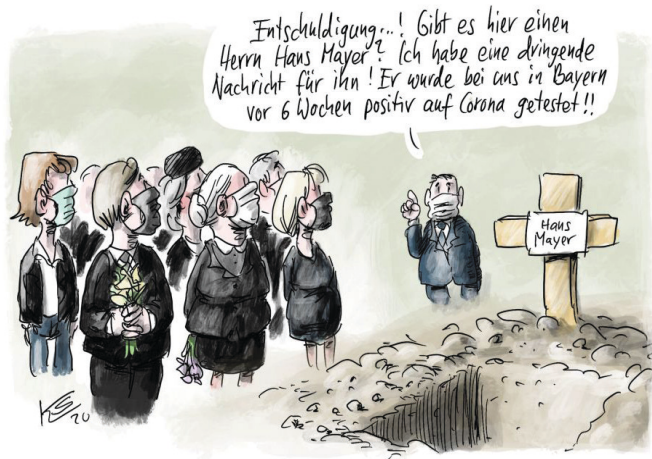
und wurden vereinzelt von Reisenden nach 1900 wieder nach Europa gebracht.

Nach Aussetzung nur zweier Pärchen (!) am Edersee in 1934 ist der Waschbär nun seit 86 Generationen (!) (eine Generation = ein Jahr) in Nordhessen und seit ca. 60 Jahren in Kassel ansässig. Das neugierige, zähe, kluge, selbstbewusste, für Hausbesitzer oft auch lästige Tier ist also ein echter Kasseläner.

So wie der Waschbär für manche auch ein „Schädling“ ist, sind wir Kommunisten gerne zur

„Schädigung“ und Überwindung der ungerechten, friedensgefährdenden kapitalistischen Verhältnisse aktiv. Der Rote Waschbär kommt demnächst hier selbst zu Wort und wird über Kasseler Geschehnisse, über Missstände, Aktionen dagegen und Erfolge „schnuddeln“. Es freut sich über Zuschriften mit Anregungen und Kritik: redaktion-kassel@dkp.de oder an die DKP.

Euer Roter Waschbär



AUCH IN ZEITEN VON KRISE UND PANDEMIE

**FÜR FRIEDEN,
ARBEIT,
SOLIDARITÄT**

WIR WÜNSCHEN ALLEN EIN KÄMPFERISCHES JAHR 2021!

Für den DKP-Parteivorstand
Olaf Harms | Richard Höhmann | Patrik Köbele | Renate Koppe |
Klaus Leger | Rainer Perschewski | Wera Richter

DKP

Termine:

- 09/10.01.2021 Lenin-Luxemburg-Liebknecht-Wochenende. Wenn es die Corona-Bedingungen zulassen, wird auch eine Kasseler Veranstaltung stattfinden.
- 17.01.2021 Erste Mitgliederversammlung im neuen Jahr. Wenn es möglich ist, wieder gemeinsam im Schlachthof, wenn nicht, online. Bei Interesse unter kassel@dkp.de melden.
- 21.01.2021 Bildungsabend: Wie nutzt das Kapital die Corona-Pandemie und wozu? Schlachthof oder Online. Bei Interesse kassel@dkp.de
- 04.02.2021 Mitgliederversammlung
- 18.02.2021 Bildungsabend
- 04.03.2021 Mitgliederversammlung
- 18.03.2021 Bildungsabend



Der Rote Waschbär
Stadtzeitung der DKP Kassel

Impressum:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Kassel
Internet: kassel.dkp.de
Email: kassel@dkp.de

Für die Redaktion:
redaktion-kassel@dkp.de

ViSdP:
Klaus Leger, Hoffnungstraße 18,
45127 Essen